

-0,50%

Romain Hilgert

32 Abgeordnete von DP, LSAP und Grünen stimmten am Donnerstagmorgen gegen 28 Abgeordnete von CSV, ADR und Linke den Gesetzentwurf 7051 über die mehrjährige Haushaltsplanung. Sein Kernstück ist der erste Artikel, der als mittelfristiges Haushaltsziel ein Defizit von 0,5 Prozent festlegt. Vor einem Jahr hatten die gleichen 32 Abgeordneten mit der gleichen Unerschütterlichkeit den Gesetzentwurf 6901 gestimmt, der einen Überschuss von 0,5 Prozent als mittelfristiges Haushaltsziel vorschrieb.

Dazwischen ist das passiert, was die Handwerkskammer in ihrem Haushaltsgutachten empört: einen „Paradigmenwechsel“ nannte: Die Regierung, die als Modernisierer- und Sparkoalition angetreten war und 2013 in ihrem Koalitionsabkommen ein mittelfristiges Haushaltsziel von +0,5 Prozent abgemacht hatte, kündigte am 26. April 2016 an, -0,5 Prozent vorzuziehen, so wie es die Europäische Kommission auf der Grundlage neuer demographischer Spekulationen erlaubte.

Von den 60 Abgeordneten wussten am Donnerstag schätzungsweise ein halbes Dutzend präziser, wie der strukturelle Saldo und das mittelfristige Haushaltsziel zustande kommen. Aber die Abgeordneten sind nicht die einzigen, die nur eine vage Vorstellung von dem hatten, was sie beschlossen. Auch die Regierung und selbst das Finanzministerium nahmen das alles nicht so genau. Das entdeckte der Staatsrat, der sie in seinem Gutachten darauf hinwies, dass die Regierung im ersten Artikel ihres Gesetzentwurfs von einer „Union européenne et monétaire“ schrieb, es aber in Wirklichkeit „Union économique et monétaire“ heißt. Und vor allem, dass sie darin das mittelfristige Haushaltsziel von -0,5 Prozent für die Jahre 2017 bis 2020, also für vier Jahre, festlegen wollte. Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2014 über den Stabilitätspakt schreibe aber vor, dass die mittelfristige Haushaltsplanung immer für fünf Jahre festgelegt werden müsse. Deshalb müsse im Gesetzentwurf von einem Haushaltsziel für die Periode 2016 bis 2017 die Rede gehen, meinte der Staatsrat.

Doch auch der Staatsrat schien das bloß von Hörsagen zu kennen. Denn der parlamentarische Finanz- und Haushaltsausschuss musste ihn seinerseits darauf hinweisen, dass die mehrjährige Finanzplanung tatsächlich über fünf und nicht vier Jahre laufe, aber der Staatsrat verwechselte sie mit dem mittelfristigen Haushaltsziel, das von der Europäischen Kommission jeweils für drei Jahre festgelegt werde. Das mittelfristige Haushaltsziel könne aber nicht ohne triftigen Grund für das zu Ende gehende Jahr quasi rückwirkend gesenkt werden. Weshalb das Parlament am Ende einen

Artikel mit dem wenig eleganten Wortlaut verabschiedete: „Pour la période 2016 à 2020, l'objectif budgétaire à moyen terme est fixé à +0,5 pour cent du produit intérieur brut pour l'année 2016, et à -0,5 pour cent du produit intérieur brut pour les années 2017 à 2020.“ In diesem Zustand allgemeiner Verwirrung scherte sich schon niemand mehr darum, ob der Wortlaut des Gesetzes und der EU-Verordnung 1466/97 überhaupt erlauben, mehr als ein mittelfristiges Haushaltsziel binnen einer einzigen Fünfjahresfrist festzulegen.

Aber der grüne Abgeordnete Henri Kox hatte schon vor einem Jahr in seinem Haushaltsbericht eine kleine Tabelle (S. 66) mit sieben verschiedenen Methoden zur Berechnung des strukturellen Saldos veröffentlicht. Diese erbrachten sieben Mal verschiedene Ergebnisse, die für 2017 von einem Defizit von 0,1 Prozent bis zu einem Überschuss von 1,0 Prozent des Bruttoinlandsprodukts reichten. Das entspricht einer Fehlerquote von einer halben Milliarde Euro. Damit hatte Henri Kox implizit den Nachweis erbracht, dass es beim mittelfristigen Haushaltsziel und dem strukturellen Saldo nicht um das Ergebnis, sondern bloß um die Methode geht und diese somit dem Bereich der ökonomischen Metaphysik zugehören. Denn in dem Fall ist die Methode „als die schlechthin unendliche Kraft anzuerkennen, welcher kein Object, insofern es sich als ein Aeusserliches, der Vernunft fernes und von ihr unabhängiges präsentirt, Widerstand leisten, gegen sie von einer besondern Natur seyn, und von ihr nicht durchdrungen werden könnte“, so Hegel vor 200 Jahren in der *Wissenschaft der subjektiven Logik* (S. 374). Klarer lässt sich die politische Absicht des europäischen Stabilitätspakts nicht beschreiben.

Die umkämpfte Zahl +/-0,5 Prozent drückt die metaphysische Behauptung aus, dass man den Dingen am nächsten kommt, wenn man sich durch die höchst mögliche Abstraktion von ihnen entfernt. Nicht die blanke Zahl, sondern die Methode soll die staatliche Austerität als die „schlechthin unendliche Kraft“ erscheinen lassen, der „kein Object [...] Widerstand leisten“ kann. Als „Austeritas“, als Strenge, soll die ökonomische Metaphysik moralisiert werden, aber gemeint ist, wie viel der Steuer- und Sozialstaat umverteilen soll. Folglich waren die Fronten im Kampf um das positive oder negative Vorzeichen der 0,5 Prozent übersichtlich: Die Gegner der Umverteilung verklärten das Plus metaphysisch, die Nutznießer verteidigten das Minus, ohne die Metaphysik in Frage zu stellen.

Deshalb bekämpfte die Handelskammer an vorderster Front die Änderung des mittelfristigen

Haushaltsziels: „La Chambre de Commerce tient à affirmer qu'elle regrette ce choix, qui ne tient pas suffisamment compte des spécificités du Luxembourg. [...] Enfin, seuls des surplus structurels importants permettront au Luxembourg de maintenir une situation patrimoniale favorable“ (Parlamentarisches Dokument 7051/02, S. XVI). Ihre kleine Schwester, die Handwerkskammer, lieferte der Handelskammer Schützenhilfe: „Un des indices les plus manifestes témoignant du relâchement de la discipline budgétaire est la baisse de l'objectif budgétaire à moyen terme (GMT) de +0,5% à -0,5%, sur base de projections très optimistes en ce qui concerne la hausse de l'emploi et de la population, et implicitement de la croissance économique“ (7050/02B, S. 4).

Schützenhilfe bekamen die Unternehmerkammern von den mit der Durchsetzung der institutionalisierten Austeritätspolitik in der Europäischen Union beauftragten Einrichtungen. Der Nationale Rat der öffentlichen Finanzen hielt die Senkung des mittelfristigen Haushaltsziels zwar schon in einem April-Gutachten für rechtens, bedauerte aber: „Il conviendrait dès lors de maintenir des objectifs budgétaires ambitieux qui auraient pour effet de donner un signal fort sur l'orientation budgétaire à court et à moyen terme, tout en assurant le maintien d'une marge de manoeuvre nécessaire pour faire face aux défis plus vastes et complexes qui se présentent sur long terme.“ (S. 7) Die Zentralbank klagte: „Le fait d'abaisser l'OMT est d'autant plus regrettable qu'un surplus de 0,5 % ne suffisait déjà pas à assurer les équilibres budgétaires futurs“ (Haushaltsgutachten, S. 179).

Auf der anderen Seite begrüßten die Nutznießer einer staatlichen Umverteilungspolitik die Änderung des mittelfristigen Haushaltsziels. Die Salariskammer war begeistert: „Dans ce contexte, la CSL approuve très fortement le choix du Gouvernement de fixer l'objectif budgétaire à moyen terme (OMT) au niveau du solde structurel à -0,5 ; choix d'ailleurs accepté par la Commission européenne.“ (7050/02D, S. 19). Die kleine Schwester der Salariskammer, die Beamtenkammer, konnte ihr nur beipflichten: „Ces faits démontrent combien il est désormais impératif que le gouvernement se détourne de son obsession pour les objectifs à moyen terme définis par la Commission européenne“ (705/02E, S. 32).

Zwischen den Fronten irren die politischen Parteien, die sich gleichzeitig nach ihrer Wählerbasis und nach ihrer Regierungs- oder Oppositionsrolle richten müssen. Die LSAP ist die Hauptverantwortliche für den „Paradigmenwechsel“ der Regierung. Die Sozialdemokratie ließ sich so lange

Der grüne Abgeordnete Henri Kox hatte schon vor einem Jahr den Nachweis erbracht, dass es um die Methode und nicht um das Ergebnis geht

von der ökonomischen Metaphysik verzaubern, dass sie nun befürchtet, von ihrer lohnabhängigen Wählerbasis für die Austeritätspolitik abgestraft zu werden. Haushaltsberichtersteller Claude Haagen, treffenderweise auch LSAP-Präsident, erklärte am Dienstag vor dem Parlament die Änderung damit, dass die wirtschaftliche Lage nicht mehr mit derjenigen von 2013 und 2014 vergleichbar sei und so auch „eine andere Politik“ möglich mache. Das Wirtschaftswachstum sei doppelt so hoch wie im EU-Durchschnitt, die Staatsschuld sei „eine der niedrigsten Schulden in Europa, und, würde ich sagen, in der Welt“. Das Defizit des Zentralstaats müsse „im Verhältnis zu den Investitionen“ gesehen werden, die zur Hälfte aus den laufenden Einnahmen gedeckt würden: „Das gibt es in sonst keinem anderen Land.“

Der mittelständische und gehobene Teil der DP-Wählerschaft gehört zu den Umverteilungsgegnern. Aber die liberalen Minister ließen sich Anfang des Jahres von der LSAP überzeugen, dass damit keine Wahlen bei den Mittelschichten zu gewinnen sind. Deshalb freute sich DP-Finanzminister Pierre Gramegna am Mittwoch, dass er in den vergangenen Jahren gut gewirtschaftet habe, dass die „Schuldenspirale gebrochen“ sei und „wir das Defizit gemeistert bekommen“, so dass nun eine lockerere Ausgabenpolitik, von der Steuerreform bis zum Gehälterabkommen beim Staat, möglich sei. Die Grünen können das unterstützen, umso mehr als ihre Wählerschaft sich für postmaterialistisch hält, weil sie Arbeits- und Einkommensgarantie im öffentlichen und assimilierten Sektor genießt.

Als christliche Partei ist die CSV metaphysischen Höhenflügen keineswegs abgeneigt. Doch wenn es um Geld geht, gibt sie sich lieber bodenständig und

verspricht den „Werner-Frang“, den „Apel für den Dusch“ und die „gestion en bon père de famille“ sicherer Staatsfinanzen. Bloß dass sie seit 2008 ihr Versprechen nicht mehr einhalten konnte und nun wütend ist, weil die Regierung die gute Konjunktur nutzt, um vor den Wahlen die Steuern zu senken, statt der CSV den finanziellen Spielraum für nach den Wahlen zu überlassen. CSV-Fraktionssprecher Claude Wiseler zitierte in seiner fast anderthalbstündigen Rede am Mittwoch kein einziges Mal aus den Gutachten der Salaris- und Beamtenkammern, sondern berief sich ständig auf die Handelskammer, die Zentralbank und das CNFP. Selbstverständlich will die CSV ihre Wähler nicht mit Austeritätsdrohungen kopscheu machen. Deshalb wirft sie der Regierung vor, es sei „ein Fehler“, das mittelfristige Haushaltsziel um einen Prozentpunkt zu senken, und will es ebenfalls senken – wenn auch nur um einen Viertel Prozentpunkt.

Um sich aus dieser Verrenkung zu lösen, mobilisiert die CSV wieder das malthusianistische und ausländerfeindliche Gespenst der Überbevölkerung: Die Senkung des mittelfristigen Haushaltsziels verfolge unweigerlich, so Claude Wiseler, „ein demographisches Wachstumsziel, das wir nicht schaffen und nicht wollen“. Am gleichen Tag hatte er in der *Luxemburger-Wort-Beilage* „CSV-Profil“ der Regierung vorgeworfen, sie verschreibe sich „einem permanenten Wachstumszwang, der unweigerlich in den 1,2-Millionen-Einwohner-Staat führen wird“. Dagegen hatte Berichtersteller Claude Haagen schon am Dienstag gemeint, dass das mittelfristige Haushaltsziel „von -0,5 Prozent des BIP nicht der Grund, sondern eine Konsequenz des 1,1-Millionen-Einwohnerstaats“ sei. Denn dieser habe demografische und ökonomische Ursachen, die vergleichsweise unabhängig von der Haushaltspolitik seien. „Auch +0,5 Prozent oder +1,5 Prozent änderten kein Jota an einem 1,1-Millionen-Einwohnerstaat“.

In die Sitzung des parlamentarischen Finanz- und Haushaltsausschusses vom 29. November waren gleich vier Vertreter des Finanzministeriums geeilt, um die Abgeordneten zu beruhigen, dass ein Haushaltsdefizit von einem halben Prozent kein anzustrebendes Ziel sei, sondern die Mindestgrenze. Und es sei schon schlau, die von der Kommission erlaubte Mindestgrenze zu übernehmen, weil dann im Fall von Haushaltsengpässen nicht gleich die Strafprozeduren des Stabilitätspakts ausgelöst würden. Wenn dieses zuerst vernünftig klingende politische Angebot nicht von den Unternehmerorganisationen und der CSV angenommen wurde, dann wohl nur weil dadurch das mittelfristige Haushaltsziel die disziplinierende Wirkung seines metaphysischen Zaubers verlöre.

Die Nutznießer staatlicher Umverteilung begrüßten die Änderung des mittelfristigen Haushaltsziels, die Umverteilungsgegner beriefen sich auf ökonomische Metaphysik